

## **Presserklärung**

Am heutigen Tag, den 06.11. 2009, stelle ich mein unbefristetes Fasten ein, dass ich am 30. Oktober 2009 begonnen habe. Es war ein Protest gegen das Verhalten des Entschädigungsamtes Berlin bezüglich der nicht erfolgten Krankenversorgung nach dem BEG und dem Umgang der Behörde mit allen anderen Anspruchsberechtigten.

Ich beende mein Fasten, weil die Berliner Behörden jetzt die Zahlung der seit Jahren ausstehenden Rechnungen und die Heilversorgung der aus Verfolgung resultierenden Leiden zugesagt haben. Ebenso zahlen sie einen symbolischen Betrag für den entstandenen Schaden durch die jahrelang nicht erfolgten Hinweise auf Ansprüche nach dem Bundesentschädigungsgesetz.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland wird nunmehr mit allen zuständigen Behörden des Bundes und der Bundesländer Gespräche aufnehmen, um zu eine Regelung zu erreichen, die gewährleistet, dass die noch Überlebenden über ihre Ansprüche nach dem §141a BEG regelmäßig informiert werden.

Köln den 6. November 2009

*Peter Finkelgruen*

---

## **Danksagung**

Wie Sie aus der beiliegenden Presseerklärung ersehen können, breche ich heute mein unbefristetes Fasten ab. Auch die vorgesehene Pressekonferenz am Stelenfeld in Berlin am 09. November 2009 sage ich hiermit ab.

Die Berliner Behörden haben sich gestern bereit erklärt

- a. die noch ausstehenden Rechnungen, die im Zusammenhang mit meiner verfolgungsbedingten Herzerkrankung entstanden waren, zu erstatten,
- b. das Heilverfahren für diese Erkrankung zu gewährleisten
- c. und einen symbolischen Betrag für den entstandenen Schaden als Folge der unterlassenen notwendigen Information über alle Ansprüche nach den Heilverfahrensgesetzen und Richtlinien zu zahlen.

Meine Aktion war erfolgreich. Ich bedauere jedoch, dass es derartiger Aktionen bedarf, um die Behörden zu einem gesetzkonformen, richtigem und anständigem Verfahren zu bewegen.

Besonders befriedigt bin ich, dass nach dieser Aktion auch der Zentralrat der Juden in Deutschland in Gesprächen mit Vertretern des Bundes und der Länder darauf drängen wird, dass die noch wenigen Überlebenden über ihre eventuellen Ansprüche im Rahmen des Heilverfahrens nach §141a ff mindestens so laufend informiert werden wie von ihnen jährlich verlangt wird, im Gegensatz zu allen anderen Rentnern in Deutschland zu belegen, dass sie noch leben.

Ich bin überzeugt, dass diese Aktion nicht zu einem erfolgreichen Ende geführt hätte ohne das mediale Echo, die Empörung in der Öffentlichkeit und die Eingaben, die von zahlreichen Menschen und Organisationen an den Berliner Senat gerichtet wurden. Ihnen allen gilt mein Dank.

Köln den 06. Nov. 2009

*Peter Finkelgruen*